

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 parlamentsdienste@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 154/2004 (DDI)

Interpellation Rolf Sommer (SVP, Olten): Vermummungsverbot und Ausweisungspflicht (01.09.2004)

Die Schlägereien an der Oltner Chilbi in der Nacht vom 14. auf den 15. August 2004 zwischen Ausländergruppen und Rechtsradikalen, die Demonstration von Rechtsradikalen am 22. August und die Demonstration von Linksalternativen (mit Beteiligung der Zürcher und Berner Linksautonomen, «sogenannte „Schwarze Blöcke“») am 26. August 2004, lösten in der Stadt und Region Olten Ängste und Unsicherheiten aus. Die einseitige Berichterstattung in den Medien unmittelbar nach der ersten Krawallnacht, war eine Zumutung und trug möglicherweise zur Fortführung der Demonstrationen bei. Denn hunderte, ja tausende von unbeteiligten Chilbi-Besuchenden haben mit eigenen Augen gesehen, dass in Wirklichkeit nur wenige Rechtsradikale (ca. 15) vor Ort waren, als die Massenschlägerei angezettelt oder provoziert durch ca. 100 Ausländer begann. Die Berichterstattung stand in krassem Widerspruch zur Realität vor Ort.

Die rasch wachsenden und per SMS organisierten Ausländerbanden sowie die linken «schwarzen Blöcke» sind nur auf Zerstörung aus und suchen den Kick einer Schlägerei. Das friedliche Zusammenleben der freien Gemeinschaft und damit die Demokratie interessiert sie nicht, sonst hätten gerade die Mitglieder der «schwarzen Blöcke» den Mumm, ihre Meinung unvermummt kundzutun. Denn sie wissen, dass am Schluss immer der pflicht- und auftragserfüllenden Polizei die Schuld für die Ausschreitungen oder Krawalle zugeschoben wird (siehe Aussage von Lukas Moor, Organisator der Linksdemo von den Alternativen Olten im OT vom 28.08.04). Ihr Tun wird in den öffentlichen Medien verniedlicht und geduldet, wie der rechtsfreie Raum «Reithalle» in Bern, und schuldig sind immer die anderen, die eigenverantwortlichen Bürger, die meistens auch deren Lebenskosten und -unterhalt über Sozialbeiträge, das heisst mit Steuergeldern, finanzieren.

Beide Gesinnungen, die der Rechtsradikalen und der Linksautonomen und -alternativen, sind der Demokratie feindlich gesinnt und sind genau gleich zu verurteilen.

In einem anderen Zusammenhang wurde mir erklärt, die Ausweisungspflicht und -kontrolle im Kanton Aargau soll viel strenger oder restriktiver als im Kanton Solothurn sein und das wissen auch einige Personen. Sie machen unserer Polizei die «lange Nase», was natürlich nicht sehr motivierend für unsere Polizisten ist. Der Unterschied soll wie zwischen «muss und kann» sein.

Fragen:

1. a) Wie steht es um die öffentliche Informationspflicht der Polizei und warum werden die Nationalitäten der Ausländergruppen nicht bekanntgegeben? b) Welche Ausländergruppen waren an der Chilbi-Krawallnacht beteiligt?

Am Morgen nach der ersten Chilbi-Krawallnacht hiess es, Rechtsextreme seien für die Massenschlägerei und die Zerstörungen in Olten verantwortlich. Heute wissen wir: Das war falsch und führte in der Folge möglicherweise zu den weiteren Demonstrationen.

2. Die Medien suggerierten mit ihrer Berichterstattung aufgrund der Vorkommnisse an der Oltner Chilbi fast schon reflexartig eine eskalierende rechtsextreme Szene im Mittelland. Darauf fanden

- die beiden Folgedemonstrationen statt. Können die entsprechenden Medien für die daraus entstandenen Schäden verantwortlich gemacht werden?
3. Welche Lehren ziehen die Verantwortlichen der Polizei aus den Vorkommnissen?
 4. Wann und bei welchen Vorkommnissen sind Polizeiangehörige verletzt worden und von welcher Art sind die Verletzungen?
 5. Wie werden die Verantwortlichen der Demonstrationsumzüge und die Verhafteten zur Rechenschaft gezogen?
 6. Wie hoch belaufen sich die effektiven Kosten für die diversen Einsätze und wer bezahlt?
 7. Wie regelt die Gesetzgebung die Vermummung und kann da eingegriffen werden?
 8. Wie unterscheidet sich eine polizeiliche Personenkontrolle in Bezug auf die Ausweispflicht des zu Kontrollierenden im Kanton Aargau und Solothurn? (Bemerkung: Sie soll sich angeblich unterscheiden zwischen «Muss einen Ausweis dabei haben oder kann einen Ausweis dabei haben»).
 9. Ist der Regierungsrat bereit, eventuelle Gesetzeslücken oder -anpassungen, wie ein Vermummungsverbot und restriktiver Personenkontrollen, ähnlich anderen Kantonen, dem Parlament zu unterbreiten?

Begründung (01.09.2004): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Rolf Sommer, 2. Hans Rudolf Lutz, 3. Herbert Wüthrich, Kurt Küng, Hansjörg Stoll, Rudolf Rüegg, Beat Balzli, Josef Galli, Jörg Widmer, Peter Müller, Beat Ehram, Roman Stefan Jäggi, Walter Käser, Urs Nyffeler. (14)